



Auswärtiges Amt



Bundesministerium
der Justiz

Dr. Guido Westerwelle

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bundesminister des Auswärtigen

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bundesministerin der Justiz

An die
Außen- und Justizminister der Mitgliedstaaten
der Europäischen Union

Berlin, den 19. Juli 2013

Sehr geehrte Kollegin, sehr geehrter Kollege,

der Schutz der Grundfreiheiten und der Menschenrechte ist ein Ankerpunkt europäischer Außenpolitik und wesentlicher Teil unserer gemeinsamen Werteordnung. Die aktuelle Debatte über Datenerfassungsprogramme und die Freiheit der Kommunikation im Internet erfüllen uns mit großer Sorge. Die Diskussion über Menschenrechtsschutz unter den modernen Gegebenheiten weltweiter elektronischer Kommunikation hat erst begonnen. Es geht uns darum, die jetzige Diskussion zu nutzen, um eine Initiative zur Ausformulierung der unter den heutigen Bedingungen unabweislichen Privatfreiheitsrechte zu ergreifen.

Die bestehenden menschenrechtlichen Regelungen, insbesondere des Artikels 17 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte, stammen aus einer Zeit weit vor der Einführung des Internets. Diese Regelung kann aber als menschenrechtlicher Ausgangspunkt für den internationalen Datenschutz angesehen werden. Damit ist sie ein geeigneter Ansatzpunkt für ergänzende, zeitgemäße und den modernen technischen Entwicklungen entsprechende internationale Vereinbarungen zum Datenschutz. Unser Ziel sollte es deshalb sein, den Zivilpakt um ein Zusatzprotokoll zu Artikel 17 zu ergänzen, das den Schutz der Privatsphäre im digitalen Zeitalter sichert. Zu diesem Zweck wollen wir eine Vertragsstaatenkonferenz anstreben.

Die Bürger der Europäischen Union erwarten von uns den Schutz und die Achtung ihrer Freiheitsrechte. Hierfür müssen wir uns gemeinsam einsetzen und das Thema sowie unsere Handlungsoptionen im EU-Kreis diskutieren.

Mit freundlichen Grüßen